

Er scheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
Zeile gespaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 15 .: 33. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 11. April 1919

Inhalt. Beitragsleistung. — Gewerkschaften und Arbeiter. — Warum sind wir Gewerkschaftler? — Die Herrichtung des deutschen Wirtschaftslebens. — Aenderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge. — Sozialisierungsgesetz. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 13. bis 19. April 1919 ist der 16. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Gewerkschaften und Arbeiterräte.

Neben der Sozialisierung beschäftigt die Frage der Arbeiterräte und ihre wirtschaftlichen Aufgaben weite Kreise. Die Diskussion über das Räteystem gleicht vielfach dem Fangballspiel. Die politischen Parteien möchten es den wirtschaftlichen Kreisen zuwerfen, diese wieder behaupten, es muß als ein mit politischen Aufgaben belastetes System gesehlich verankert werden. So weit letztere Ansicht verfochten wird, wollen wir uns als Gewerkschaftsorgan nicht in den Streit hineinmischen, dagegen der Frage näher treten, soweit es sich um Betriebsräte handelt.

Nach Rabbi Ben Akiba ist alles schon dagewesen. Sehen wir uns die Einrichtungen der freigewerkschaftlichen Organisationen an, so finden wir die Betriebsräte, wenn auch unter anderem Namen: Vertrauensleute, Arbeiterausschüsse, vor. Wenn diese Institution unter dem alten Regime nicht immer das gewesen ist, was sie sein sollte, so lag das einerseits an dem Herrenstandpunkt der Unternehmer, andererseits an der Gleichgültigkeit der Arbeiter selbst. Wenn sie jetzt eine bessere Auffassung von den Rechten und Pflichten der Träger der Gewerkschaften und ihrer Vertreter innerhalb der Betriebe bekommen haben, so ist das ein nicht zu unterschätzender Erfolg. Der Name, die Bezeichnung ist überhaupt nicht von irgendwelcher Bedeutung. Ob sich die Gewählten Vertrauensleute, Arbeiterausschüsse, Betriebs- oder Arbeiterräte nennen, ist völlig nebensächlich. Die Hauptsache ist, daß sie mit Bestand und Umsicht die ihnen anvertrauten Arbeiterinteressen unter Berücksichtigung der Allgemeinwirtschaft auf demokratischer Grundlage und im Rahmen der Gewerkschaft vertreten. In der Wochenzeitschrift „Die Neue Zeit“ schreibt Genosse Hermann Müller zu dieser Frage:

„Was zum Ausbruch der Revolution kämpften die Gewerkschaften im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsweise für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter. Dieser Kampf wird nach wie vor ihre Aufgabe sein, aber der Boden, auf dem dieser Kampf ausgefochten wird, hat sich beträchtlich geändert. Auch für die Gewerkschaften bedeutet die Revolution eine Weltveränderung. Noch ist der Kapitalismus nicht beseitigt, der Weg aber ist frei, auf dem er beseitigt werden kann, und diesen Weg müssen auch die Gewerkschaften bewußt beschreiten. Sie müssen sich in den Dienst des Sozialismus stellen, wenn die Arbeiter an ihnen nicht irre werden sollen. In den letzten Monaten ist so manches geschehen, das ausfaß, als seien die Arbeiter daran, die Gewerkschaften auszuschalten. Gewaltige Streiks nicht

nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Natur sind geführt worden, in vielen Fällen ohne die Gewerkschaften heranzuziehen oder auch nur zu befragen.

Die Betriebsarbeiterräte sind es, die die wilden Streiks inszenierten. In ihnen prägt sich daher der Gegensatz zu den Gewerkschaften aus, und gegen sie richtet sich deshalb auch die gelegentlich laut werdende Mißbilligung der Gewerkschaftsführer. Mir scheint, daß dabei höher wie drüben das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Richtig ist, daß es so wie in den letzten Monaten nicht weitergehen kann. Aber dazu wird es ganz von selbst kommen. Die Gewerkschaften werden gar nicht notwendig haben, ihr Streitroß aus dem Stalle zu holen, um es gegen die Arbeiterräte zu tummeln. Die gewerkschaftlichen Kampfmethoden sind doch keine willkürlichen Maßnahmen der Gewerkschaftsführer. Sie haben sich ergeben aus dem Kräfteverhältnis, und sie haben gemesselt je nach der wirtschaftlichen Lage. Diese hat in der gegenwärtigen Zeit die Erfolge der wilden Streiks aber ganz und gar nicht bedingt. Selbst Unternehmer, die in einer ganz anderen als rosigen Lage waren, haben Forderungen bewilligt, um die Arbeiter aus politischen Gründen zu beruhigen. Das wird ganz selbstverständlich nicht dauernd so sein. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, und zwar die Lage des Weltmarktes werden bald wieder ausschlaggebend sein, und dadurch werden auch den Lohnbewegungen, die die Arbeiterräte führen möchten, Schranken gezogen. Sie werden unmöglich werden. Damit aber treten die Gewerkschaften ganz von selbst wieder in ihre alte Stelle. Sobald ein Streik nicht mehr im Handumdrehen zum Erfolg führen, sondern längere Zeit dauern wird, bedingt schon die Notwendigkeit, daß Streikunterstützung gezahlt werden muß, die Rückkehr zu bisherigen Methoden bei seiner Einleitung und Durchführung.

Werden deshalb die Betriebsarbeiterräte überflüssig? Mancher sagt ja, ich sage nein. Neue Zeiten bedingen neue Einrichtungen. Wir leben in einer neuen Zeit, in einer Zeit, die mit vollen Segeln auf den Sozialismus aufsteuert, und deshalb brauchen wir auch Einrichtungen, wie sie die Betriebsräte darstellen. Nur müssen sie so gestaltet werden, daß sie auch dem Zuge der Zeit in Wirklichkeit dienen. Bisher haben sie ihm nicht gedient. Auch nicht durch erfolgreiche Lohnbewegungen. Einer unserer sozialistischen und gewerkschaftlichen Grundsätze ist die allgemeine Solidarität. Diese hat sich nicht nur darin gezeigt, daß wir uns gegenseitig im Kampfe unterstützten, sondern auch darin, daß wir, ohne Rücksicht auf die Rentabilität des einzelnen Betriebs, für gleichartige Lohnverhältnisse der betreffenden Berufsgruppe sorgten. So manches Mal wäre es möglich gewesen, in einem besonders gearteten Betrieb auch besonders günstige Löhne zu erkämpfen. Davon ist im allgemeinen abgesehen worden. Nicht allein hat zu solchem Verhalten die Erkenntnis mitgewirkt, daß dann der größere Zulauf von Arbeitskräften und damit die Konkurrenz der Arbeiter untereinander wieder lohndrückend gewirkt hätte, wir haben auch aus allgemein solidarischen Gründen die Gleichmäßigkeit angestrebt. Dieser Grundsatz hat in den letzten Monaten bei den Lohnbewegungen der Betriebsräte keine Rolle mehr gespielt. War ein Betrieb besonders rentabel, dann wuchsen die Forderungen der Arbeiter, die damit vielfach auf eine besondere Art der Gewinnbeteiligung hinausliefen. Worauf es in der nächsten Zeit ankommt und was mit allen Kräften angestrebt werden muß, das ist die Demokratisierung der Betriebe. Unser Wunsch,

an die Stelle des absoluten Unternehmers die konstitutionelle Fabrik zu setzen, dem bisher schon unsere Gewerkschaftsarbeit diente, geht seiner Erfüllung entgegen. Hier werden die Arbeiterräte eine erspriessliche Arbeit leisten können, und die Gewerkschaften müssen sich dieser Tätigkeit der Arbeiterräte annehmen. Die Befugnisse der bisherigen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sind entsprechend auszubauen. Und wenn die Arbeiter in der neuen sozialistischen Republik, in der die Titel abgeschafft worden sind, lieber Arbeiterräte als Arbeiterausschüsse haben wollen, so soll man sich an den Titel nicht stoßen, sondern Arbeiterräte an Stelle der Arbeiterausschüsse errichten. Aber man soll nicht glauben, daß es mit dem Titel allein getan ist. Der Arbeiter muß tagtäglich vor Augen sehen, daß sich vieles geändert hat und daß wir, trotz der schweren Zeiten, die wir vor uns haben, einer neuen, ganz anders gearteten Zeit entgegengehen. Er muß fühlen, daß er in seiner Würde gestiegen ist, daß er wirklich im Betrieb mitbestimmt, und dieses Gefühl wird viel zur Festigung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen. Nur wenn der Arbeiter sieht, daß er nicht mehr nur für den Kapitalisten arbeitet, daß er für sich und für die Allgemeinheit wirkt, wird die Schaffensfreudigkeit bei ihm einkehren, die zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens erforderlich ist.

Es muß also in den Betrieben anders aussehen als bisher. Zu allen Verhandlungen über Arbeits- und Arbeitsangelegenheiten sind die Arbeiterräte mitbestimmend hinzuzuziehen. Betriebsrichtungen technischer und sanitärer Art sind mit ihnen gemeinsam zu schaffen. Daraus ergibt sich ganz von selbst die Notwendigkeit, daß die Arbeiterräte Einsicht in die Betriebsverhältnisse bekommen. Es wird ihnen Einsicht in die Bücher zu gewähren sein, damit sie über die Lage des Betriebs unterrichtet sind.

So wenig angenehm das dem Unternehmer scheinen mag, hat er doch keine Ursache, es zu fürchten. Kennen die Arbeiter die Betriebsverhältnisse, dann werden sie danach auch ihre Forderungen richten.

Die gesamte Tätigkeit der Arbeiterräte wird und muß gemeinsam mit den Gewerkschaften durchgeführt werden. Ist es doch Gewerkschaftsarbeit, die sie leisten. Also die Parole darf nicht heißen: Weg mit den Arbeiterräten, sondern: Festigung der Arbeiterräte.

Es wird dann auch ein anderes Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten Platz greifen. Der Arbeiter wird einsehen, daß es ein Wagnis ist, zu glauben, daß er alles ohne weiteres kann. Die geistige Arbeit wird er dann anders bewerten, als es jetzt vielfach der Fall ist, und auch der Angestellte, der mit dem Arbeiter gemeinsam seine Interessen vertritt, wird in dem fortan ganz anders gestellten Arbeiter den gleichberechtigten vollwertigen Menschen achten lernen.

Wichtig ist außerdem: Dadurch, daß die Arbeiter durch ihre Räte an der Leitung der Betriebe mitbeteiligt sind, werden sie und auch die Betriebe reif für den Sozialismus. Der Weg zu diesem führt auch hier über die Demokratie. An die Stelle des allein den Betrieb verwaltenden Unternehmers tritt die verwaltende, wenn auch beschränkte Allgemeinheit. So werden die Räte und mit ihnen die Gewerkschaften Werkzeuge nicht der Sozialdemokratischen Partei, wohl aber des Sozialismus. Daß dies die Gewerkschaften als Ganzes werden, ist notwendig. Vielfach läßt sich jetzt beobachten, daß die Sozialisierung der Betriebe von den Arbeitern ganz falsch auf-

gefaßt wird. Sie meinen häufig, daß der Betrieb dadurch ihr Eigentum werde. Wie falsch das ist, braucht hier nicht hervorgehoben zu werden. Arbeiten aber die Räte nicht mehr auf eigene Faust in den Betrieben, sondern Hand in Hand mit den Gewerkschaften, dann werden solche falsche Sozialisierungsbestrebungen von selbst verschwinden.

Dadurch, daß die Arbeiter die finanzielle Leistungsfähigkeit der Betriebe kennen, werden auch manche übertriebenen Hoffnungen, die auf die Sozialisierung gesetzt werden, auf das richtige Maß zurückgeführt. Auch in der sozialistischen Gesellschaft muß fleißig gearbeitet werden. Aufhören wird in ihr die Unsicherheit der Existenz, die quälende Furcht, arbeitslos und damit dem Elend überliefert zu werden. Aber das so oft von uns betonte Wort: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen!“ wird auch in der sozialistischen Gesellschaft Geltung haben, oder vielmehr, es wird erst in ihr seine volle Geltung erhalten. Einigkeit in die wirtschaftlichen Verhältnisse wird demnach den Uebergang zur sozialistischen Gesellschaft beschleunigen. Sie wird auch dazu beitragen, daß er nicht unter trampfhaft zudenden Bewegungen erfolgt.

Warum sind wir Gewerkschaftler?

In allem Sturm und Drang der Zeit strömen heute Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen den Gewerkschaften zu. Viele davon getrieben durch eine fast spontan zu nennende Erkenntnis von der Notwendigkeit und Wichtigkeit der Gewerkschaftsorganisation, andere mitgerissen durch Massenuggestion, manche auch aus egoistischen Motiven. Der starke nun schon seit Monaten andauernde Zulauf zu den Gewerkschaften resultiert also aus recht verschiedenartigen Gründen, über die eine besondere akademische Unterhaltung ganz interessant wäre. Wir Gewerkschaftler aber sollen weniger theoretisieren, sondern wir sollen jede Gelegenheit, die unseren Gewerkschaften den stets willkommenen Zulauf bringt, beim Schopfe packen und in praktischer Weise das Eisen schmieben, solange es warm ist. Und deshalb ergibt sich zur Jetztzeit für uns als erstes die dringende Aufgabe, den Zulauf zu den Gewerkschaften an diese dauernd zu fesseln, um auf diese Weise den Gewerkschaften nicht nur vorübergehend, sondern für dauernd verstärkte Kraft zu geben. Intenstivste Aufklärungsarbeit ist also heute nötiger denn je; jeder überzeugte Gewerkschaftler hat die Pflicht, den Neuaufgenommenen zu sagen, was der Zweck der Gewerkschaft ist, um ihnen dauerndes Interesse und eine gefestete Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung einzufößen. Hierbei muß natürlich auch unsere Presse ihre Schuldigkeit tun.

Warum sind wir Gewerkschaftler? Was ist der Sinn und Zweck der Gewerkschaft? Das sind die Fragen, die jetzt gründlich erörtert werden müssen. Und da müssen wir vor allem den Arbeitern den ewig wahren Satz ins Gedächtnis hämmern, daß jede organisierte und damit verstärkte Kraft in der zielbewußten Zusammenfassung von Einzelkräften beruht und daß auch die Gewerkschaftsbewegung die Aufgabe hat, durch die planvolle Zusammenfassung der vielen proletarischen Einzelkräfte eine verstärkte Macht zu schaffen und diese Macht zu konzentrieren auf das eine große Ziel: Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der proletarischen Massen.

Das dürfte einleuchtend sein. Wie vielfach in der Natur selbst die primitivsten Lebewesen durch Zusammenfassung aller winzigen Einzelkräfte sich ihr Existenzrecht erkämpfen, so liegt dem Menschengeschlecht, vor allem der Arbeiterschaft als dem wirtschaftlich Schwächsten, die gleiche Aufgabe ob. Geben ihr hierin doch die wirtschaftlich bestgestellten Stände schon seit langen Jahren ein Vorbild, sehen wir doch, daß gerade sie sich vereinigen, um durch die Vereinigung für ihre Klasse möglichst günstige Lebens- und Existenzbedingungen herauszuschlagen und fast immer auf Kosten der breiten Arbeitermassen. Ob Hausbesitzer- oder Ärztevereine, ob Bund der Landwirte oder Handwerkerinnung, alle folgen diesem Grundsatze! Hand da sollte die Arbeiterklasse, die als wirtschaftlich schwächste Klasse die Organisation noch weit nötiger hat, tatlos zurückstehen? Täte sie es, es wäre ihr Unheil! Nur in der geeinten Organisation liegt die verstärkte Kraft der Klasse und die tut der Arbeiterschaft nötiger als allen anderen Berufen!

Wir erstreben durch die Gewerkschaft höhere Löhne. Der Fall ist denkbar, daß hier der einzelne auch etwas erreichen kann, besonders wenn er intelligent und seine Arbeitskraft beim Unternehmer besonders geschätzt ist. Aber die Masse der Arbeiterschaft kann erhöhte Löhne nur durch gemeinsame Forderung, durch die organisierte Kraft allein erreichen und deshalb und weil erhöhte Löhne eine zwingende Notwendigkeit für die Existenz des Proletariats bedeuten, ist Organisation nötig; nur dadurch läßt sich diese Notwendigkeit in erfolgreicher Weise durchsetzen.

Wir erstreben durch die Gewerkschaft die Verkürzung der Arbeitszeit. Warum? Daß der Wert der Ware Arbeitskraft steigt und um die Arbeitskraft des einzelnen möglichst zu schonen; daß er nicht frühzeitig der Arbeitsunfähigkeit verfällt, daß er seine Arbeitskraft bis ins spätere Alter aufrechterhält, daß nicht kapitalistischer Raubbau an der proletarischen Arbeitskraft die Menschen in wenigen Jahren zu arbeitsunfähigen Krüppeln macht. Wir wollen unter voller Hochachtung der Lebensinteressen der Gesamtheit eine möglichst kurze tägliche Arbeitszeit für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin nicht nur aus vorerwähnten Gründen, wir wollen sie auch, um durch Schaffung ausreichender Muße die Volksbildung zu heben, daß für alle Zukunft gebrochen wird mit dem lasterhaften Grundsatze früherer Herrenmenschen, wonach das „unwissende“ Proletariat sein Objekt, nie aber Subjekt der Gesehgebung sein dürfe. Zeit zu allgemeiner Volksbildung und Volksveredelung durch möglichst verkürzte Arbeitszeit, das ist der Weg zur Kultur, zum Glück und Wohlergehen der Gesamtheit!

Und was bezweckt die Gewerkschaft noch? Durch stete Aufklärung und Belehrung, durch den steten Appell an die edleren Triebe im Menschen nicht nur dessen Klassenbewußtsein zu festigen, sondern auch die Solidarität mit seinen Arbeitsgenossen zu wecken und fester und fester zu verankern. Für jede Gewerkschaft muß der Grundsatz oberstes Leitmotiv sein: Alle für einen und einer für alle! Als einig Volk dahin zu streben, daß es nicht dem einzelnen, sondern allen wohlhergeht und daß, um dieses Ziel zu erreichen, einer für alle und alle für einen unter Hintanziehung aller privaten Sonderinteressen eintreten müssen, das ist die Aufgabe der Gewerkschaft! Hierin liegt ihre moralische und materielle Macht fest verankert, dies ist der unerschöpfliche Born ihrer Kraft, und alle Mitglieder für dieses hohe Ziel sturm- und wetterfest zu machen ist ihre vornehmste Aufgabe!

Die Gewerkschaft erstrebt also höhere Löhne, möglichst verkürzte Arbeitszeit, möglichst günstige Existenzverhältnisse und nicht zuletzt eine menschenwürdige Behandlung für jedes ihrer Mitglieder. Ihre Ziele sucht sie zu erreichen durch die organisierte Zusammenfassung der proletarischen Einzelkräfte nach diesem Ziel; um dieses Ziel leichter durchzusetzen, sucht sie von den Mitgliedern in den vielen Wechselfällen des Lebens die Not möglichst fernzuhalten, denn die Erfahrung lehrt, daß ein Arbeiter, der sich in der Not nie gänzlich verlassen weiß, auch dem Unternehmer gegenüber ein stärkeres Rückgrat besitzt. So zahlt die Gewerkschaft von dieser Voraussetzung getrieben, neben der Unterstützung in Streikfällen auch solche bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und anderen Notfällen, und sie verfährt damit ein ergänzendes Bild gegenseitiger Hilfe in Kameradschaftlichkeit und Treue bei allen Nöten des menschlichen Lebens! Und damit leuchtet über der Gewerkschaft bei allen ihren Handlungen der edle Stern der Solidarität, die Einigkeit und Gemeinsamkeitsstreben fördert und Miesenkraften verleiht bei rastlosen Wirken für die hohen Ziele der Arbeiterschaft!

Darum, du Arbeiter und du Arbeiterin, die ihr der Gewerkschaft beigetreten seid, erkennt die schönen und hohen Ziele der Gewerkschaftsorganisation! Seid in der Gewerkschaft nicht Eintagsliegen! Macht die Aufgaben der Gewerkschaft zu euren eigenen und strebt für sie mit vollster Aufopferung und Solidarität unter freudiger Befolgung des ehernen Grundgesetzes, daß allen durch alle geholfen werden muß! Werdet Gewerkschaftsmitglieder aus voller, idealer Ueberzeugung! Dann werdet ihr den fruchtbaren Baum der Gewerkschaft hegen und pflegen bis an euer Lebensende und herrliche Früchte werden der Lohn sein! Begreift den hohen Sinn dieser Bewegung und handelt danach, auf daß es euch wohlhergehe und ihr lange lebt auf Erden!

Die Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens.

Das deutsche Wirtschaftsleben hat zurzeit einen Grad der Zerrüttung erreicht, der allen Kreisen eindringlich ans Herz legt, Einkehr zu halten, um eine vollständige Vermüstung unserer wirtschaftlichen Existenz zu vermeiden oder zu verhindern. In der Industrie sind neben den Streiks um höhere Löhne auch politische Streiks geführt worden, die ganz nutzloser Weise eine Desorganisation des Wirtschaftslebens herbeiführen mußten, ohne irgendwelche positiven Ziele haben zu können. Die Arbeitsunlust, die sich infolge der viereinhalbjährigen Entbehrungen im Kriege bei weiten Schichten der Arbeiter und der Gesamtbevölkerung bemerkbar macht, trägt ebenso wenig zu einer Hebung des wirtschaftlichen Lebens unserer Bevölkerung bei. Auch der Niedergang der Arbeitsleistung, der aus der Industrie vielfach berichtet wird, und den die Industrien unrichtigerweise auf den Uebergang vom

Afford- zum Stundenlohn zurückzuführen, ist ebenfalls ein Krebsknoten, der an unserer Existenz zehrt. Alle diese genannten Faktoren wirken darauf ein, daß der tatsächliche Warenmangel in Deutschland nicht behoben werden kann, weil nicht gearbeitet wird.

Daß unter diesen Umständen eine Läuterung der Unternehmungslust in der Industrie eintreten kann, versteht sich am Rande. Für die Industrien kommt ja vielfach die Schwierigkeit hinzu, keine genauen Kalkulationen für ihre Produktion aufstellen zu können, weil sie die Preisbewegungen der nächsten Monate ebensowenig wie die Bewegungen der Arbeiter voraussehen können. Im neutralen Auslande spricht man heute von einer Friedenskrise der Industrie, die darin besteht, daß die Industrie die Produktion einschränkt, weil sie trotz des Warenmangels keine Käufer findet, denn die Abnehmer halten mit ihren Aufträgen zurück in der Erwartung eines größeren Preisfalles. In Deutschland haben diese Erwägungen noch nicht die gleiche Rolle spielen können, weil bei uns der Warenmangel so akut ist, daß es nur der Nothilfe, der Arbeitskraft und der Arbeitslust bedarf, um die Produktion in Gang zu bringen. Die Arbeitskraft wäre da, für eine Reihe von Industrien auch die Rohstoffe, wenn nur wichtige Teile der Arbeiterschaft dazu zu bringen wären, Arbeitslust und Arbeitsdisziplin wieder zu Ehren kommen zu lassen. So aber sehen wir Betriebs Einschränkungen und selbst BetriebsEinstellungen in ganzen Industriezweigen, wo bei richtiger Organisation und bei genügender Arbeitslust aller Beteiligten solche Arbeitseinschränkungen nicht nötig wären. Das Reichsarbeitsblatt vom Februar berichtet, daß alle Betriebszweige unserer Industrie, besonders aber die Spinnstoffgewerbe, die Metallverarbeitung und die Eisenindustrie ein übereinstimmendes Bild zeigen: das der Stagnation. Die Arbeitslorenzahlen sind von 500 000 Anfang Januar auf 900 000 Anfang Februar gestiegen. In Westfalen wurden 16 000, in der Rheinprovinz 117 000 und in Sachsen 163 000 Arbeitslose gezählt. Im besetzten innerdeutschen Gebiet ist dagegen die Arbeitslosigkeit zurückgegangen und zum Teil sogar auf ein Minimum gefallen.

Es ist gar kein Zweifel möglich, daß die Arbeitslosigkeit erheblich vermindert werden könnte. Der Bergbau braucht Arbeitskräfte in großer Zahl; wir können heute unsere Kohlenproduktion gar nicht intensiv genug gestalten. Je mehr Kohle wir fördern, je mehr schaffen wir die Möglichkeit für die weiterverarbeitende Industrie, ihren Betrieb wieder in vollem Umfange aufzunehmen und dadurch hunderttausenden Arbeitslosen Beschäftigung zu geben. Außerdem ist die Nachfrage nach Kohlen im neutralen Auslande außerordentlich stark und unsere Steinkohlen würden unser wertvollstes Austauschmittel gegen die Lebensmittel des neutralen Auslandes darstellen. Wie ungeheuer wichtig die Kohlenförderung für uns in diesem Moment ist, geht am besten daraus hervor, daß das ganze Lebensmittelabkommen mit der Entente hinsichtlich ist, wenn wir nicht durch unsere Arbeit Zahlungsmittel schaffen. Solche Zahlungsmittel stellt unser Papiergeld nicht dar, diese Scheine will das Ausland gar nicht haben, weil es mit ihnen nichts anzufangen weiß. Dagegen brauchen die neutralen Länder, in denen wir wesentliche Lebensmitteleinkäufe machen müssen, unbedingt unsere Kohle. In gleicher Weise ist der forcierte Betrieb unseres Kalibergbaues eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß wir aus dem Auslande, besonders aus dem feindlichen Auslande, Lebensmittel erhalten, weil auch das feindliche Ausland mit unseren Banknoten nichts anfangen kann, sondern dafür unsere Waren braucht. Wie wichtig die Kaliproduktion für unsere eigene landwirtschaftliche Erzeugung ist, braucht hier gar nicht auseinandergesetzt zu werden. In diesen beiden bergbaulichen Produktionsgebieten besteht aber immer noch Arbeitermangel, obgleich in den anderen Industriegebieten die Zahl der Arbeitslosen zunimmt. Auch die Landwirtschaft bedarf zahlreicher Arbeitskräfte, um die Frühjahrsarbeiten bestellen zu können. Sie ist in diesem Jahre besonders schlimm dran, weil ihr die russischen Kriegsgefangenen, die während des Krieges in der Landwirtschaft tätig waren, fehlen, und weil ihr nach Lage der Dinge ein Ersatz dafür durch einwandernde Arbeiter aus dem Osten nicht geboten werden kann. Coll die landwirtschaftliche Erzeugung in diesem Erntejahr nicht Schiffbruch leiden, dann ist es ein dringendes Gebot, daß arbeitslose Industriearbeiter, die von Hause aus mit den ländlichen Verhältnissen vertraut waren, schleunigst in die ländlichen Gebiete wieder zurückströmen. Die Hebe, die von Spartakus und unabhängiger Seite gegen diese wiederholten Aufforderungen der Regierung gerichtet wurde, ist nicht nur deplaciert, sondern ein Verbrechen an der Arbeiterschaft; denn die Sachlage ist so, daß, wenn die Arbeiter nun nicht bald selbst Ernst machen, in unsere Produktionsverhältnisse wieder Ordnung hineinzubringen, und dazu gehört insbesondere die volle Aufnahme der landwirtschaftlichen und der bergbaulichen Produktion, dann wird in wenigen Monaten nicht

die Abwanderung in die ländlichen Gebiete, sondern überhaupt die Auswanderung in fremde Länder für die deutschen Arbeiter zur Diskussion stehen. Das ist nun einmal Tatsache, daß Deutschland noch viel mehr als früher nur die eine Wafl hat, entweder Menschen oder Waren zu exportieren. Es ist daher eine Verflüchtigung an den deutschen Arbeitern, wenn man sie davon abhält, in die einheimischen Produktionsgebiete zu wandern, wo Beschäftigung für sie ist und wo sie durch ihre Arbeit die Lebenshaltung und den Beschäftigungsgrad von Hunderttausenden anderer Arbeiter unseres Landes gewährleisten. An Stelle dieser Abwanderung, die künstlich zurückgehalten wird, steht nachher, wenn unsere Industrie vollständig verunstaltet ist, uns nichts anderes als die Auswanderung bevor.

Freilich ist es nicht nur ein Teil der Industriearbeiter, der zur Vermehrung des Chaos beiträgt. Es ist außerordentlich interessant zu beobachten, wie die berühmtesten Staatsstößen von einst nun für sich das Recht in Anspruch nehmen, das ganze wirtschaftliche und politische Leben unseres Volkes in Verwirrung zu bringen. So reklamierte kürzlich die „Deutsche Tageszeitung“ für die deutsche Landwirtschaft das stittliche Recht, die Streikwaffe anzuwenden, um die Kriegsernährungsorganisation und die Beschlagnahme der Lebensmittel abzuschnüdeln. Die „Vossische Zeitung“ berichtet aus dem Amte Wurzbach, daß die Rindviehbesitzer sich verpflichtet haben, keine Milch mehr zu liefern, wenn der Preis nicht auf 80 Pf. erhöht wird; die Landwirte der Amtshauptmannschaft Grimma wollen den Milchstreik beginnen, wenn der Milchgang nicht aufgehoben wird; in Württemberg und im Posenischen werden die Beamten schwer mißhandelt, die zur Revision auf die Güter und Gehöfte hinausgejandt werden. Und eine der ersten Stützen von Thron und Altar von einst, der Januschauer, erklärte in der landwirtschaftlichen Woche, daß, wenn „wir“, das heißt die Junker, nicht vor Streiks geschützt werden, „müssen wir die Lieferungen einstellen. Mir ist es ganz gleich, ob ich als Scharfmacher verschrien werde.“ In dem gleichen Tone klang manche Rede auf der Tagung des Bundes der Landwirte aus.

Die Schrotjunker, die im Kriege und auch während der Revolution ausschließlich Geschäfte gemacht haben, scheinen ganz und gar zu vergessen, daß wir jetzt in der Revolution leben, und daß, falls ihnen das Fell juckt, sehr leicht die Möglichkeit hergestellt werden kann, daß sie es auch gekrat bekommen. Wir bitten sie zu beachten, daß man in dieser Zeit aus deutschen Eichen auch Galgen für die Reichen machen kann, und daß wir, so sehr wir auch für eine ruhige Entwicklung eintreten, die ersten sein würden, wenn es sich darum handeln würde, das Verbrechen der Lebensmittelstörerei unserer eigenen Landwirtschaft abzuwenden. Dieses Verbrechen an der großstädtischen Bevölkerung würden wir uns keine Woche lang gefallen lassen. Und glücklicherweise ist der maßgebende überwiegende Teil der Landwirtschaft auch vernünftig und vaterländisch genug gesinnt, um sich von derartigen verbrecherischen Aktionen gegen die Bevölkerung des eigenen Landes fernzuhalten.

Immerhin sind auch diese Fälle, in denen die destruktiven Tendenzen stark hervortreten, ernst genug, um im diesem Zusammenhang aufgeführt zu werden. Es ist die allerhöchste Zeit, daß wir überall zur Befinnung kommen und daß dafür gesorgt wird, daß die Arbeit in der Landwirtschaft wie in der Industrie in möglichst weitem Umfange wieder aufgenommen wird. Die Gewerkschaften sind und müssen unausgesetzt weiter bestrebt sein, die Industrie in Gang zu bringen und in ihrer Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerverbänden wird fortwährend in diesem Sinne gearbeitet. Aber auch die Arbeiterärzte sollten ihren Einfluß auf die Arbeiterschaft in gleicher Richtung ausüben und insbesondere dafür Sorge zu tragen suchen, daß die wilden Streiks, mögen sie politischen oder wirtschaftlichen Zielen angeblich dienen, unterbleiben, oder zum mindesten nicht den Umfang annehmen, daß sie unter wirtschaftliches Leben lähmen. Es ist die Pflicht aller Kreise und Einrichtungen der Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß wir nicht zugrunde gehen. Deutschland darf nicht dem Ruin entgegengebracht werden, schon aus dem einfachen Grunde, weil der Ruin Deutschlands am schlimmsten für die deutsche Arbeiterklasse ausschlagen müßte. Die deutschen Arbeiter würden in der Tat wirtschaftlichen Selbstmord begehen, wenn sie jetzt nicht mit aller Kraft dafür sorgen, daß unser Wirtschaftsleben möglichst wieder in vollem Umfange in Gang gebracht wird.

Sozialisierungsgesetz.

Vom 23. März 1919.

Die verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Zustimmung des Staatenausschusses hiermit verkündet wird.

§ 1.

Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die stittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.

Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut steht unter dem besonderen Schutze des Reichs. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt.

§ 2.

Das Reich ist befugt, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung

1. für eine Vergeßenschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften, in Gemeinwirtschaft zu überführen,
2. im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinschaftlich zu regeln.

Die näheren Vorschriften über die Entschädigung bleiben den zu erlassenden besonderen Reichsgesetzen vorbehalten.

§ 3.

Die Aufgaben der durch Reichsgesetz geregelten Gemeinwirtschaft können dem Reiche, den Gliedstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden oder wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern übertragen werden. Die Selbstverwaltungskörper werden vom Reiche beauftragt. Das Reich kann sich bei der Durchführung der Aufsicht der Behörden der Gliedstaaten bedienen.

§ 4.

In Ausübung der im § 2 vorgesehenen Befugnis wird durch besondere Reichsgesetze die Ausnutzung von Steinkohle, Braunkohle, Pechkohle und Koks, Wasserkraften und sonstigen natürlichen Energiequellen und von der aus ihnen stammenden Energie (Energiewirtschaft) nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt. Zunächst tritt für das Teilgebiet der Kohlenwirtschaft ein Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft.

§ 5.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 23. März 1919.

Der Reichspräsident,

Ebert.

Der Reichswirtschaftsminister,

Wissel.

Hinderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht unterm 17. März 1919 eine Verordnung, die die Erwerbslosenfürsorge-Verordnung vom 13. November 1918 in einigen wichtigen Punkten abermals abändert. Danach sind im § 1 die Verwaltungskosten zum Gesamtaufwand für Erwerbslosenfürsorge hinzuzurechnen. Im § 5 werden die Worte „während des Krieges“ ersetzt durch „seit dem 1. August 1914“. In einem neuen § 5a wird bestimmt, daß die Wohngemeinde verpflichtet ist, den auf die Aufenthaltsgemeinde entfallenden Anteil des Vorstufes auf Unterstützung zu erstatten. Die Anteile des Reiches und der Bundesstaaten werden in der Aufenthaltsgemeinde berechnet. In § 6 wird festgesetzt, daß auch ein Teilbetrag der Unterstützung zu gewähren ist, wenn dadurch eine bedürftige Lage behoben werden kann. Als erwerbsunfähig soll angesehen werden, wer wegen einer 20% Proz. übersteigenden Beeinträchtigung der Erwerbsunfähigkeit heute bezahlt erhält, sofern er nicht trotz dieser Beeinträchtigung auf Grund wirklicher Arbeitsleistung mindestens $\frac{1}{2}$ des Ortslohnes verdient. § 8 wird dahin geändert, daß sowohl den Erwerbslosen als auch den im Haushalt desselben lebenden Familienangehörigen, die zwecks Weiterführung des Haushalts mitreisen, freie Fahrt zur Reise in den Beschäftigungsort nebst einer angemessenen Beihilfe zu den Reisekosten von der Gemeinde des letzten Wohnortes aus den Mitteln der Erwerbslosenhilfe zu bewilligen ist. Auch kann diese Gemeinde eine Beihilfe zu den Kosten der Beförderung des Umzugsquotes gewähren, die die Kosten der Bahnbeförderung nicht übersteigen soll. § 8a bestimmt: Als Wohnort ist der Ort anzusehen, in dem sich eine Person nicht bloß vorübergehend aufhält, sondern mit der Absicht längerer oder dauernder Verbleibens wohnt. Dem § 9 wird hinzugefügt: Wo für einzelne Orte die vorgeschriebenen Höchstätze in einem Mißverhältnis zu den Kosten der Lebens-

haltung stehen, können durch Bestimmung der Landeszentralbehörden diese Höchstätze bis zum $\frac{1}{4}$ fachen Ortslohn, jedoch nicht über die Höchstätze der Klasse A hinaus erhöht werden. Diese Verordnung ist am 14. März 1919 in Kraft getreten.

Aus unserem Beruf.

Die Vereinigung der Markttaschenfabrikanten, Sitz Berlin, Geschäftsstelle Wilhelmshabener Str. 4, deren Mitglieder nicht nur Markttaschen, sondern auch viele andere Artikel, wie zum Beispiel Reisestoffe, Reisetaschen, Damentaschen, Schulmappen, Aktentaschen, Notentaschen, Brieftaschen, Päckchen, Essenträger, Rucksäcke, Beuteltaschen, Portemonnais usw. fabrizieren, haben der Waffenstillstandskommission zur Bezahlung von Lebensmitteln aus Amerika eine Exportlieferung ihrer Fabrikate in Höhe von 10 Millionen Mark angeboten. Die Vereinigung verfügt über sehr große Vorräte und ist ein sehr großer Teil der genannten Artikel sofort greifbar.

Preishöhung für Leder. Von maßgebender Seite wird uns geschrieben: Die Fachgruppen und der Arbeitsausschuß der Lederverwirtschaftung haben in den dieser Tage stattgefundenen Sitzungen zu einer Reihe von wichtigen Fragen Stellung genommen. Unter anderem wurde die Frage der Erhöhung der Höchstpreise für rohe Häute und Felle sowie für Leder eingehend erörtert. Auf Grund der Beschlüsse des Arbeitsausschusses, denen das Reichswirtschaftsministerium zugestimmt hat, werden die Preise für rohe Häute und Felle sowie für Leder um etwa 30 bis 65 v. H. erhöht werden. Der aus der Erhöhung der Preise für die vorhandenen Vorräte sich ergebende Konjunkturgewinn wird — einer aus Interessententreisen kommenden Anregung folgend — eingezogen werden.

Korrespondenzen.

Chemnitz. (E. 30. 3.) Die letzte Versammlung vom 22. März beschäftigte sich mit den örtlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Hat das Proletariat Deutschlands die Revolution hinter sich, so sind doch hier die Entlohnungen mitunter noch mittelalterlich geblieben. Die Not zwingt auch den anspruchlosen Sattler, die Augen aufzuringeln und nachzudenken, wo der Grund der Not steckt. Die Kollegen in der Treibriemen- und Geschirrbremse klagen, daß der Lohn überhaupt nicht zum Leben langt. Ist denn die Arbeit eines Sattlers nicht auch so viel wert als die eines anderen Industriearbeiters? Warum soll denn ein Sattler immer billiger arbeiten, er hat doch auch die Lebensbedürfnisse wie andere Branchenarbeiter. Ein sehr trasser Fall wurde angeführt, wonach ein unorganisierte Kollege wöchentlich für 28 Mk. arbeitet. Auch wurde bekannt, daß an manchen Stellen länger als 8 Stunden gearbeitet wird. Auf der anderen Seite haben wir einen ganzen Teil arbeitsloser Kollegen. Die verammelten Kollegen bringen auf eine Verbesserung ihrer Lage. Deshalb beauftragen sie die Ortsverwaltung, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen.

Die Verwaltung ersucht deshalb die Kollegen, in den Versammlungen zu erscheinen und für die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen. Nur wenn eine gutorganisierte Kollegenschaft hinter der Verwaltung steht, ist es möglich, diese mittelalterlichen Zustände in die Kumpfkammer zu schieben und dafür neue geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu setzen. Wir rufen euch deshalb nochmals zu: Auf in die Versammlungen, hinein in die Organisation!

Rönigsberg. (E. 2. 4.) Eine öffentliche Versammlung tagte hier am 22. März, um Stellung zur Antwort unserer Arbeitgeber zu nehmen. Der Vorsitzende berichtete über die Lohnbewegung, die seit dem 10. Dezember v. J. bisher ohne Erfolg verlaufen war. Auf den den Arbeitgebern zuletzt zugesandten Tarif hatte sich die Innung bereit erklärt, durch ihre Kommission mit der Innung zu verhandeln. Die Verhandlungen fanden am 21. März statt. Die Innungskommission verhielt sich zunächst vollkommen ablehnend, doch ist schließlich eine Einigung zustande gekommen. Danach sollen Sattlergesellen unter 20 Jahren 1,70 Mk., über 20 Jahre, verheiratet oder ledig, 1,90 Mk. und Vorarbeiter 2,10 Mk. pro Stunde erhalten. Diese Lohnsätze wurden durch Tarif auf ein Vierteljahr festgelegt. Der Tarif läuft auf ein Vierteljahr weiter, wenn er nicht von einer der beiden Parteien 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Die Versammlung erklärte ihr Einverständnis mit diesem Tarif. Dann entspann sich eine rege Debatte über die Frage, wie man die anderen Arbeitgeber, die nicht der Innung angehören, zur Anerkennung des Tarifs zwingen könne. Der Streik wurde in Erwägung gezogen. Jedoch sprach sich die Mehrzahl der Kollegen gegen einen Streik aus. Der Vorsitzende machte folgenden Vorschlag: Die Vertrauensleute der betreffenden Werkstätten

folten am Montag, den 24. März, ihre Arbeitgeber von dem Tarif in Kenntnis setzen und zur Anerkennung ihnen eine Frist bis zum Abend geben. Diejenigen Arbeitgeber, die bis dahin nicht anerkannt haben, sollen eventl. mit Hilfe des Reichskommissars gezwungen werden. Die Vertrauensleute sollen am Montag zu einer Sitzung erscheinen, worin über die weiteren Schritte beraten werden soll. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Darauf forderte der Vorsitzende die unorganisierten Kollegen auf, sich unserm Verbands anzuschließen.

Magdeburg. In unserer Mitgliederversammlung am 19. Februar hatten die Kollegen beschlossen, einen Tarif auszuarbeiten und den hiesigen Unternehmern vorzulegen. In der Versammlung am 19. März konnte unser Vorsitzender, Kollege Thiele, die erfreuliche Mitteilung machen, daß schon ein großer Teil der Unternehmer die Forderungen bewilligt hatte. Nach längeren Verhandlungen ist jetzt der Tarif abgeschlossen. Er lautet:

1. Die Arbeitszeit beträgt pro Tag 8 Stunden.
2. Der Mindestlohn beträgt für Gehilfen bis zum 21. Jahr 1,35 Mk., bis zum 25. Jahr 1,55 Mk., über 25 Jahre 1,65 Mk. Für Arbeiterinnen an schweren Maschinen 0,80 Mk., an leichten Maschinen 0,72 Mk. Akkordlöhne sollen in jedem Betrieb unter Hinzuziehung des Arbeiterausschusses neu geregelt werden.

3. Für Ueberstunden, welche nur in dringenden Fällen ausgeführt werden sollen, wird pro Stunde 50 Prozent, für Sonntagsarbeit 75 Proz. Zuschlag gezahlt.

4. Entlassungen wegen Arbeitsmangels dürfen nicht eher stattfinden, bevor nicht die Arbeitszeit auf 6 Stunden verkürzt ist und nur im Einverständnis mit dem Vertrauensmann oder dem Arbeiterausschuß.

5. Privatarbeit der Gehilfen ist zu unterlassen.
6. Jedem Arbeiter ist nach einjähriger Beschäftigung ein Urlaub von 3 Tagen, nach dreijähriger Beschäftigung von 6 Tagen mit voller Vergütung des Lohnes zu gewähren.

7. Neueinstellungen dürfen nur durch den städtischen Arbeitsnachweis stattfinden.

8. Zur Kontrolle der gezahlten Löhne ist den Vertretern des Verbandes Einsicht in die Lohnbücher zu gewähren.

9. Dieser Tarif läuft vom 1. März 1919 bis zum 28. Februar 1920. Wird derselbe nicht innerhalb eines Monats vor Ablauf gekündigt, so läuft er ein Jahr weiter. Der größte Teil der Kollegen hat durch diesen Tarif eine Stundenlohnsteigerung von 30 bis 35 Pf. erhalten.

Merrane i. S. (S. 3. 4.) Sonntag, den 30. März, fand unsere regelmäßig übliche Versammlung im Gasthaus „Meisterhaus“ statt. Hierzu war unser Gauleiter Busch-Leipzig anwesend, um der Versammlung nach fünfjähriger Pause wieder einmal einen Vortrag zu halten über: „Der Sattlerberuf vor, in und nach dem Kriege“. In leichtverständlichen und sehr interessanten Ausführungen festelte er in seinem reichlich einstündigen Vortrag die Kollegen an sich. Nach Erledigung verschiedener Verbandsangelegenheiten wurde auch beschlossen, am 6. oder 7. April in Glauchau eine Versammlung abzuhalten, wozu Gauleiter Busch anwesend sein wird, um einen eventuellen Tarifvertrag für den ganzen Bezirk abzuschließen. Die Versammlung war ziemlich gut besucht.

München. (S. 2. 4.) Eine außerordentlich gut besuchte Versammlung am 29. März, in der Kollege Dötter Bericht erstattete von der Reise-Effekten-Branchenkonferenz in Nürnberg, nahm Stellung zu dem Ergebnis der dortigen Besprechungen und Beschlüsse zur Schaffung eines Reichstarifes. In der anschließenden Diskussion wird lebhaft bedauert, daß von seiten der Delegierten so geringes Verständnis für die 44stündige Arbeitswoche vorhanden war. Daß man dort auf einen freien Samstagmittag keinen Wert zu legen scheint und sich dabei vollständig auf den Standpunkt der Unternehmer stellt. Im voraus sei bemerkt, daß die Münchener Kollegen sich mit dem Beschluß der 47stündigen Arbeitswoche nicht einverstanden erklären und dieselbe ablehnen und verlangen, daß die 44stündige Arbeitswoche unbedingt Aufnahme in den zu schaffenden Reichstarif findet. Akkordarbeit und Heimarbeitssystem sollen demnach ebenfalls mit ihrem Schatten den neuen Reichstarif verdütern. Die Münchener Kollegen stehen auf dem Standpunkt, wenn es heute noch nicht möglich ist, den Arbeiter endgültig aus der Lohnsklaverei zu befreien, so muß doch unbedingt eine Norm im Rahmen der heutigen Verhältnisse geschaffen werden, die auch dem Lohnarbeiter unbedingt bessere Existenzmöglichkeiten garantiert. Wenn die Frage der Heimarbeit jetzt nicht geregelt wird, so wird der Schmuckkonferenz wieder Kür und Lor geöffnet und wir werden bald wieder in die Abhängigkeit des Kapitals getrieben, das muß verhindert werden. Kollegen, die Ihr auf dieser Kon-

ferenz die Interessen Eurer Branchenangehörigen zu vertreten hatten, in welcher Welt lebt Ihr denn, daß Ihr vom Hauch der neuen Zeit so gänzlich unberührt geblieben seid und Eure Ideologie so ganz unbeeinflusst von der Revolution dem Tarif eine Richtung gab, wie wir ihn schlechter auch im verfluchten Massenstaat hätten nicht erwarten können. Festlegung der Arbeitszeit im oben angeführten Sinne, Beseitigung der Heimarbeit bilden für uns Elementarforderungen, von denen wir absolut nicht abweichen können. Der Versammlung wird schließlich eine Entschließung im Sinne des hier niedergelegten Berichtes vorgelegt die einstimmig angenommen wird.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Die Ortsverwaltungen werden dringend ersucht, die gelben Karten für die Arbeitslosenstatistik, die

Verwaltungsstelle Berlin.

Achtung! Täschner, Koffermacher, Portefeuller, Galanterie- u. Sportartikelsattler!

Am Montag, den 14. April, abends 7 Uhr, im gr. Saal des Gewerkschaftshauses, Engelshufer 15

Branchenversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht von der Reichskonferenz der Taschen-, Portefeuller- und Reiseartikelbranche und Stellungnahme zu dem Entwurf eines Reichstarifs.
2. Neuwahl der Branchenleitung.
3. Verschiedenes.

Alle zurzeit auf Taschen, Koffer, Portefeuller, Reise- und Sportartikel beschäftigten Kollegen und Kolleginnen sind dringend eingeladen.

Die Branchenleitung.

Linoleumleger und Teppichnäher!

Dienstag, den 22. April, abends 7 Uhr, im Restaurant Göste, Ballstraße 82/83:

Branchenversammlung

Tagesordnung:

1. Neuwahl des Vorstandes.
2. Branchenangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet

Die Branchenleitung.

Koffersattler u. Täschner

sofort gesucht. Angebote an

U. J. Krahnstöver & Co.,
Rostock.

Wir suchen

Feinsattler auf Lederhandtöcher,

Portefeuller für Mappen, Brieftaschen und dergleichen und fachtichtige Samaschen-Arbeiter.

Bewerber müssen sich über ihre besondere Fachtätigkeit durch gute Zeugnisse ausweisen können.

E. Leschen & Co., Cöln-Nippes, Geldernstraße 48.

Wir haben sofort ab Lager 6 Stück wenig gebrauchte, noch sehr gut erhaltene

Barrel - Ringschiff - Flachnämaschinen

sehr preiswert abzugeben.

Christoph & Unmack, U.-G., Niesky D.-L.

Kunstmacher auf englische Kutschumte

nur erste Kraft, vollständig selbständig arbeitend, sofort gesucht von

L. Erselius, Leipzig, Reichs-Straße 16.

Kriegsstatistikbogen sowie die Abrechnung vom 1. Vierteljahr 1919 sofort einzusenden.

Der Vorstand.

Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fielen die Mitglieder:

August Gade, Leipzig, 38 Jahre alt.

Paul Groh, Berlin, 36 Jahre alt.

Berlin. Am 17. März verstarb unser Mitglied, der Portefeuller Hermann Pflaumbaum 39 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Verband der Sattler und Portefeuller

Ortsverwaltung Berlin.

Auf Beschluß der letzten Generalversammlung (siehe Bericht) sind die Stellen der

drei Ortsbeamten,

von denen der eine den Posten eines ersten Vorsitzenden, der andere den Posten des Kassierers bekleiden soll, neu zu besetzen. Die Stelle des Vorsitzenden ist sofort, die beiden anderen sind am 1. Juli anzutreten. Bewerbungen sind unter Angabe der bisherigen Tätigkeit bis zum 15. April an die Ortsverwaltung Berlin, Engelshufer 15, Zimmer 28, mit der Aufschrift: „Bewerbungen“ einzureichen.

Die Ortsverwaltung Berlin.

Treibriemen-Meister

in dauernde Stellung sucht

Riemenzentrale Th. Wechsler, Leipzig.

Ledertreibriemenfabrik mit Kraftbetrieb.

Fachbücher für Sattler.

Bergerhoff, Der moderne Tapezierer, broschiert 10,10 Mk., gebunden 12,70 Mk.

Morgenstern, Der Sattlerlehrling, 1 Mk.

Rausch, Der Wagenfabrikant, broschiert 12,05 Mk., gebunden 16,20 Mk.

Rausch, Der praktische Sattler, broschiert 15,95 Mk., gebunden 19,— Mk.

Reibstahl, Der Automobil- und Luftschiffattler, broschiert 5,45 Mk., gebunden 7,40 Mk.

Reuter, Die Schule des Tapezierers, broschiert 10,10 Mk., gebunden 14,— Mk.

Schlüter, Zuschneiden der Sattler-, Riemen- und Täschnerarbeiten, in Mappe 10,10 Mk.

Infolge der Steigerung der Papierpreise sind die Preise der Bücher um 10 Prozent heraufgesetzt.

Bei Einlieferung des Betrages portofreie Zusendung.

Joh. Sassenbach, Berlin 16,

Engelshufer 15.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franko.